

Höhere Prämien für 2023 erwartet

Der Landtag belässt den Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung trotzdem bei 33 Millionen Franken.

Patrik Schädler

Die Gesundheitskosten sind im letzten Jahr gestiegen. Bis Ende Juni müssen die Krankenkassen dem Amt für Gesundheit bekannt geben, welche OKP-Prämien sie im nächsten Jahr den Versicherten verrechnen werden. 2021 sind die Gesundheitskosten um 2,4 Prozent gestiegen und damit droht für 2023 eine weitere Steigerung der Krankenkassenprämien.

Damit die Kosten im OKP-Bereich nicht vollständig auf die Prämienzahler überwältigt werden, gibt es zusätzlich einen Staatsbeitrag, über welchen der Landtag jährlich zu befinden hat. Dabei gilt die Faustregel: Jede Million, die der Staat einschiesst, reduziert die monatliche OKP-Prämie um 2,5 Franken pro Versichertem. Die Regierung hat vorgeschlagen, dass auch 2023 der Staat 33 Millionen Franken an den Kosten trägt. Zum letzten Mal wurde 2019 auf Antrag der VU der Staatsbeitrag an die OKP im Sinne einer «Prämienbremse» von 29 auf 33 Millionen Franken erhöht. Seitdem verharret der Beitrag auf dieser Höhe. Doch fast jedes Jahr gibt es im Landtag Erhöhungsanträge.

Erhöhungsantrag findet keine Mehrheit

In diesem Jahr stellte die Freie Liste den Antrag, den Staatsbeitrag um 10 Millionen Franken auf 43 Millionen Franken zu erhöhen. Dadurch würden die Versicherten mit 25 Franken pro Monat entlastet, «was in der ak-



«Die Reserven gehören nicht den Krankenkassen, sondern den Prämienzahlern», so der VU-Abgeordnete Günter Vogt. Bild: Tatjana Schnalzer

tuellen Situation mehr als angebracht erscheint», führte der FL-Abgeordnete Patrick Risch dazu aus. Der Staat könne sich diese Erhöhung nach dem guten Finanzergebnis 2021 ohne Probleme leisten und so die Auswirkungen der restlichen Teuerung und der zu erwartenden Prämienenerhöhung etwas abfedern. Der Antrag fand mit den Stimmen der Freien Liste und den

Abgeordneten Wendelin Lampert (FBP) und Walter Frick (VU) keine Mehrheit, löste aber eine fast schon traditionelle generelle Gesundheitsdebatte aus.

«Wir brauchen weitere zielgerichtete Massnahmen, um den drohenden Problemen im Gesundheitswesen Herr zu werden und die Kosten leistbar zu halten. Sofern keine nach-

haltigen Pflöcke des Gesundheitsministers gesetzt werden, ist der Landtag in der Verantwortung, einen finanziellen Pflöck zu setzen», sagte etwa der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend.

Auch der stv. Abgeordnete und Geschäftsführer des Liechtensteinischen Krankenkassenverbandes Thomas Hasler (FBP) erklärte, dass man den Kosten-

steigerungen nicht «auf Gedeih und Verderben» ausgeliefert sei. Es gäbe verschiedene Möglichkeiten, um die Kostensteigerungen im OKP-Bereich einzudämmen. Er zählte in seinem Votum einen bunten Strauss an Möglichkeiten auf, wie dies geschehen könnte. Von den Medikamentenpreisen bis hin zu einer Leistungseinschränkung im OKP-Bereich. «Wir dürfen es

uns nicht zu einfach machen und einfach den Staatsbeitrag erhöhen, um den Prämienzahler schadlos zu halten», so Hasler. Damit müssten auch die Leistungserbringer nichts ändern.

Warum bauen die Kassen die Reserven nicht ab?

Der VU-Abgeordnete Günter Vogt sieht auch die Krankenkassen in der Pflicht. Er sprach dabei die Reserven an, welche weit über den gesetzlichen Vorschriften liegen. Ende 2019 hatten die drei in Liechtenstein tätigen Krankenkassen Reserven in der Höhe von 74 Millionen Franken auf der hohen Kante. Dies sind pro Versichertem 1851 Franken. Gesetzlich wäre eine Mindestreserve von 661 Franken vorgeschrieben. «Dieses Geld gehört nicht den Kassen, sondern den Versicherten. Konsequenz wäre es, die Krankenkassen zunächst aufzufordern, ihre Reserven zu reduzieren», so Günter Vogt. «Mit den Reserven muss man vorsichtig umgehen, um grosse Prämienchwankungen zu vermeiden», entgegnete darauf der Krankenkassenvertreter Thomas Hasler.

Auch Regierungschef und Finanzminister Daniel Risch schaltete sich in die Debatte ein und appellierte an «den Realitätssinn» der Abgeordneten und warnte vor höheren Ausgaben in diesen unsicheren Zeiten. Das Finanzergebnis sei unter Druck: «In diesem Jahr hatten wir eine Performance von minus 8,8 Prozent – das Finanzvermögen des Staates ist um 234 Millionen Franken geschrumpft.»

Der Staat muss mehr tun

Verbesserung der Energieeffizienz staatlicher Bauten ist gefordert.

Auch wenn es nur um die Kenntnisnahme der Postulatsbeantwortung und nicht um eine Entscheidung ging, zeichnete sich die Meinung des Landtags schnell ab: Der Staat muss hier mehr tun. So wurde gefordert, dass alle staatlichen Gebäude, bei denen die Möglichkeit besteht, mit Fotovoltaikanlagen ausgestattet werden sollen. Auch sollen solche dort vorgesehen werden, wo die Planung der neuen Gebäude dies bisher nicht vorsieht. Gerne wolle man dafür zusätzliches Geld sprechen.

Sebastian Gassner (FBP) betonte, dass sich die Dringlichkeit des Themas erneut zugespitzt habe. Parteikollegin Nadine Vogelsang warf dem Staat vor, dass dieser bisher seine Vorbildfunktion in Sachen Energie und Klima zu wenig wahrgenommen habe. Umso mehr freute sie sich darüber, dass sich dies nun ändern soll. Für die Zukunft wünscht sie sich noch mehr Mut und Verantwortungsbewusstsein. Ökologie, Ökonomie und Ästhetik stünden heute nicht mehr im Widerspruch zueinander. Vor allem aber die Freie Liste war

erfreut über die Meinungen der Landtagskollegen. «Sie setzen damit jahrzehntealte Forderungen der Freien Liste um. Sie überholen uns sogar rechts. Doch so werden wir gerne überholt», lobte FL-Fraktionssprecher Patrick Risch.

Neubauten zeigen eine verpasste Chance

Diese Regierung und dieser Landtag müsse erst beweisen, dass er auch Gesetze beschliesse und nicht nur Motionen überweise, hält Wendelin Lampert (FBP) fest. Auch ihm kann nun alles gar nicht mehr schnell genug gehen. Als eine verpasste Chance sieht er die fehlende Fotovoltaikpflicht an den Fassaden staatlicher Neubauten. «Der Krieg in der Ukraine hat vielen die Augen geöffnet», so Lampert. «Problem bekannt, Lösung auch: Wollen wir im Winter vermehrt Strom produzieren, dann müssen wir die Gebäude auch mit Fassadenanlagen ausstatten», so Lampert. Es sei vieles machbar. Diese Anlagen können auf Wunsch von Architekten auch nachträglich noch an viele Gebäude angebracht werden.

«Man kann nicht alle Gebäude über einen Kamm scheeren», gab die Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter zu bedenken. Die staatlichen Gebäude seien sehr vielfältig. Sie reichen vom historischen Regierungsgebäude über Schulhäuser bis hin zu WC-Anlagen.

Zudem seien neben der Fotovoltaikanlagen noch weitere Faktoren zu berücksichtigen. «Wir werden hier aber sicher weiterhin daran arbeiten», so Marok-Wachter. Die Regierungsrätin bat die Landtagsabgeordneten ausserdem darum, die personellen Ressourcen zu berücksichtigen, die derzeit schlicht nicht vorhanden sind. Daneben weist sie auch auf die aktuellen Lieferprobleme hin. Die Aussage «jetzt einfach bauen» greife deshalb zu kurz.

Auch wenn die Debatte mit Details in die Länge gezogen wurde, zur Notwendigkeit einer Verbesserung der Energieeffizienz staatlicher Bauten gab es keine Gegenstimme. Das Postulat wurde vom Landtag einstimmig abgeschrieben.

Nicole Öhri-Elkuch

Telecom und Post bleiben vorerst in staatlicher Hand

Gegenüber einer Privatisierung der Telecom ist die Regierung offen. Einen akuten Handlungsbedarf sehen sie und der Landtag aber nicht.

Die Post und die Telecom sind dem Staat zugehörige Gesellschaften und Unternehmen. Das dies immer so sein muss, ist nicht in Stein gemeisselt.

Deshalb hat die Fraktion der FBP Ende vergangenen Jahres die Regierung per Interpellation aufgefordert, die staatliche Aktivität im Telekommunikations- und Postmarkt zu beleuchten. In ihrer Beantwortung zeigt sich die Regierung offen gegenüber einer Privatisierung der Telecom. Zwischen FBP und VU gab es einen kleinen Graben bezüglich der Dringlichkeit einer Privatisierung. Eine grosse Auseinandersetzung gab es jedoch nicht. Nach rund einer Viertelstunde wurde die Interpellationsbeantwortung bereits zur Kenntnis genommen.

Vorteile des Status quo liegen auf der Hand

Sie sieht dennoch mehrere Vorteile darin, dass die Telecom über einen Grundversorgungs-

auftrag verfügt. Der Auftrag gewährleistet die Erreichbarkeit über die Landesvorwahl «+423», die Bereitstellung von Notrufnummern und internationalen Verbindungen aus Liechtenstein, das Angebot von Kommunikationsdienstleistungen im Falle eines Marktversagens und in Krisenzeiten. » Zusätzlich hätten Abklärungen der letzten beiden Jahre gezeigt, dass kein geeigneter Partner zur Verfügung steht. Im Postsektor geht hingegen die Regierung davon aus, dass sich in den kommenden Jahren keine wesentlichen Veränderungen im Grundversorgungsauftrag ergeben werden. Die Stellung der Post wurde ebenso von den Abgeordneten nicht infrage gestellt.

Der falsche Zeitpunkt, um darüber zu reden

Die Sachlage wurde nicht angezweifelt. Doch stellte Thomas Hasler, stellvertretender Abgeordneter der FBP, zu Beginn

klar, dass er andere Rückschlüsse als die Regierung aus den Daten ziehe. «Die Telecom selbst verliert in den Grundversorgungsmärkten massiv an Einnahmen. Ihre Strategie ist es, in Nischenmärkten ihre Stärken auszuspielen», so Hasler. Dies liege auch an den rückläufigen Festnetzanschlüssen.

Auch Thomas Vogt (VU) wäre offen für eine Privatisierung des Telekommunikationssektors, sieht aber derzeit – wie die Regierung – keine Dringlichkeit. Parteikollege Mario Wohlwend geht noch weiter: «Zum jetzigen Zeitpunkt wäre es für mich ein Unding, über eine Privatisierung nachzudenken.» Dies, weil sich die Telecom in einem Transformationsprozess befinde. «Wir kommen zum Schluss, dass der Zeitpunkt jetzt nicht richtig ist», fasste Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni die kleine Debatte zusammen.

Damian Becker